

SPE

EUROPÄISCHE
SOZIALDEMOKRATIE

**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI EUROPAS
LISSABON, 7-8 DEZEMBER 2018**

GERECHT

FREI

NACHHALTIG

**Unser progressives
Europa**

AUFLÖSUNGEN



www.pes.eu
www.facebook.com/PES.PSE
www.twitter.com/PES_PSE

#ProgressiveEurope

GERECHTE GESELLSCHAFTEN:

Eine saubere Umwelt und gesunde Lebensmittel, grünes Wachstum und moderne Industrien

Die progressiven Kräfte Europas müssen einen sozialgerechten Strukturwandel herbeiführen, der die natürlichen Grenzen unseres Planeten respektiert. Wir brauchen eine langfristige Strategie mit ausreichend Investitionen für den Übergang zu Netto-Null-Emissionen bis 2050, und müssen die Nachhaltigen Entwicklungsziele vollständig umsetzen. Dies ist von entscheidender Bedeutung, damit gewährleistet werden kann, dass dem Klimawandel und Umweltverschmutzung ein Ende gesetzt, die Artenvielfalt geschützt, die Luftqualität verbessert und das Wohlbefinden aller Bürgerinnen und Bürger erhöht wird. Europa muss die Herausforderungen bewältigen, welche der Klimawandel für alle Teile der Bevölkerung mit sich bringt, wie beispielsweise Dürren, schwere Schneestürme, Überschwemmungen und die Verbreitung neuer Krankheiten. Aus diesem Grund wollen wir eine ehrgeizige Umweltpolitik, um eine bessere Lebensqualität für alle und einen ökologischen Wandel zu erreichen, der Möglichkeiten für neue Arbeitsplätze, Unternehmen und Geschäftsmodelle schaffen wird. Für uns gehen Sozialdemokratie und Ökologie Hand in Hand, und wir können das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger nicht von der Qualität unserer Umwelt trennen. Ökologische Modernisierung ist eine Voraussetzung für eine nachhaltige und gerechte Wirtschaft.

Die EU darf nicht erlauben, dass die Ärmsten und Schwächsten die Hauptlast der Verschlechterung der Umweltbedingungen tragen. Ihnen mangelt es häufig an den Mitteln, um sich an extreme Wetterbedingungen anzupassen – einer der Gründe für die steigende Anzahl an Klimaflüchtlingen. Ihnen fällt es am schwersten, mit Flut- oder Sturmschäden umzugehen; sie leben häufig in der Nähe der geschäftigsten Nachbarschaften mit der am stärksten verschmutzten Luft, und es sind sehr oft ihre Arbeitsplätze, die von dem notwendigen Paradigmenwechsel am meisten bedroht sind. Für uns ist der Kampf gegen Umweltverschmutzung und Klimawandel auch ein Kampf für Gleichheit und soziale

Gerechtigkeit.

Wir wollen ein neues nachhaltiges Wirtschaftsmodell mit einer Wirtschaft, die das Klima und die Umwelt schützt. Wir haben uns ohne Einschränkung dem Pariser Abkommen der Vereinten Nationen über den Klimawandel verpflichtet. Die Erderwärmung soll auf unter 2 Grad Celsius begrenzt werden, mit dem Ziel, den Wert von 1,5 Grad Celsius nicht zu überschreiten. Damit die EU ihren Teil zu diesen weltweiten Bemühungen beiträgt, wollen wir eine neue langfristige EU-Strategie mit nationalen Zielen, um aus der Nutzung fossiler Brennstoffe (Kohle, Öl und Gas) bis zur Mitte des Jahrhunderts auszusteigen. Die Klima- und Energieziele der EU für 2030 in Bezug auf CO₂-Emissionen, Nutzung erneuerbarer Energie und Verbesserung der Energieeffizienz müssen erhöht werden, damit diese langfristige Zielsetzung eingehalten werden kann. Gesunde Ökosysteme, besserer Schutz und Wiederherstellung der Wälder und Meeresgebiete sind von entscheidender Bedeutung, damit unsere Klimaziele erreicht werden können und der Artenverlust aufgehalten werden kann. Darüber hinaus sollte die EU alle Mitgliedstaaten unterstützen, welche die Nutzung von Kernkraft einstellen wollen. Wir wollen eine Gesellschaft, die vollständig durch erneuerbare Energien angetrieben wird und sich verbesserte Energieeffizienz zunutze macht. Wir wollen, dass die EU dabei ein internationales Vorbild ist. Ihr soll beim Thema Klimaschutz eine führende Rolle zukommen. Die EU muss ihren Verpflichtungen zur Finanzierung des Klimaschutzes für Entwicklungsländer vollumfänglich nachkommen. Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte müssen Bestandteil der breiter angelegten Entwicklungszusammenarbeit der EU sein. Der EU-Haushalt muss klimasicher sein. Er muss an den Zusagen des Pariser Abkommens und an der Erzielung der Nachhaltigen Entwicklungsziele ausgerichtet werden.

Wir wollen einen Wandel zu sauberer Energie und Ressourceneffizienz, der die Lebensqualität der

Menschen verbessert. Darum braucht Europa eine Sozialagenda für die Energiewende, zur Schaffung von Arbeitsplätzen in einem sozialgerechten Strukturwandel, zum Kampf gegen Energiearmut, zur Demokratisierung des Energiesystems und zur Verbesserung des Gesundheitswesens. Der Übergang zu sauberer Energie sowie der Wandel zu einer grünen Kreislaufwirtschaft birgt ein enormes Potential für neue hochwertige Arbeitsplätze in der grünen Wirtschaft mit hohem Augenmerk auf der Geschlechtergleichstellung. Mehr Geschlechtergleichstellung führt zu einer nachhaltigeren Entwicklung. Die EU sollte Regionen in ganz Europa dabei unterstützen, den Übergang auf saubere Energien zu meistern, insbesondere diejenigen, die mit bestimmten Problemen konfrontiert sind, zum Beispiel weil ihre Kommunen und Wirtschaft von Schwerindustrien oder Bergbau abhängig sind. Wir fordern einen europaweiten Aktionsplan für die Organisation dieses Wandels. Wir wollen den richtigen Rahmen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Unternehmen zur Anpassung an veränderte Umweltbedingungen ohne strukturelle Brüche schaffen. Bei unserer Vision für die Industriepolitik geht es um die Organisation eines sozialgerechten Strukturwandels: Änderungen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus umweltbelastenden Industrien dabei unterstützen, von neuen, hochwertigen Arbeitsplätzen und Geschäftsmöglichkeiten in der sauberen Wirtschaft zu profitieren. Zu diesem Zweck sollte ein Europäischer Fonds für einen sozialgerechten Strukturwandel eingerichtet werden, um ein schulisches und berufliches Ausbildungssystem zu finanzieren, mit dessen Hilfe die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die neuen Qualifikationen erhalten, die in einer grünen Wirtschaft erforderlich sind. Ein besonderer Schwerpunkt sollte dabei auf der Bekämpfung geschlechtsspezifischer Ungleichheiten in dieser aufstrebenden Branche und dem Finden sauberer Lösungen für das Transportwesen und die Energieerzeugung liegen.

Millionen Europäerinnen und Europäer leiden heutzutage an Energiearmut; sie können es sich nicht leisten, ihre Häuser im Winter ausreichend zu heizen. Niemand sollte sich zwischen Heizen und Essen entscheiden müssen. Wir werden die Energiearmut bekämpfen, indem wir den Energiever-

braucherinnen und -verbrauchern mehr Rechte und Informationen zukommen lassen, den Zugang zu sauberen Energiedienstleistungen sicherstellen und Energieeffizienz-Maßnahmen und mit erneuerbarer Energie betriebene Heizungsanlagen zu einer Priorität für energiearme Haushalte machen. Wir werden dafür sorgen, dass diese Maßnahmen für einkommensschwache und bedürftige Haushalte zugänglich sind. Europas Gebäudebestand kann nicht bis 2050 entkarbonisiert werden, ohne dabei einen Schwerpunkt auf diese am schwersten zu erreichenden Gruppen zu legen. Dies muss ein integraler Bestandteil der Entkarbonisierung von Europas Gebäudebestand bis 2050 sein.

Wir wollen Europas Energiesystem demokratischer machen. Wir wollen es den Bürgerinnen und Bürgern Europas ermöglichen, Energie nicht lediglich zu verbrauchen, sondern saubere Energie viel leichter selbst zu produzieren, und zwar mit dem sogenannten „Prosumer“-Modell. Zu diesem Zweck werden wir die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger in der Energieproduktion fördern, sei es auf individueller Basis (z. B. Installation von Solarmodulen auf heimischen Dächern) oder gemeinschaftlich durch die Teilnahme an einer lokalen Energiegemeinschaft.

Beim Übergang auf saubere Energie geht es auch um die Verbesserung der öffentlichen Gesundheit. Neben der schrittweisen Einstellung der Nutzung von Kohle zur Energieproduktion und der Modernisierung der Heizsysteme wird der Übergang auf sauberere Mobilität die Luftverschmutzung reduzieren und die Gesundheit der Menschen verbessern. Wir wollen einen Übergang auf saubere, zugängliche und nachhaltige Mobilität für alle. Der Transport ist für etwa ein Viertel der Kohlenstoffemissionen in der EU verantwortlich. Er verursacht einen Großteil der Luftverschmutzung in Städten und führt jedes Jahr zu Hunderttausenden von verfrühten Sterbefällen in Europa. Wir fordern daher strengere Emissionsnormen für Benzin- und Dieselaautos zusammen mit den neuen Regelungen und der strengen EU-Aufsicht, auf die wir zur Verhinderung von zukünftigem Emissionsbetrug gedrängt haben. Wir wollen, dass die europäische Automobilindustrie so schnell wie möglich zum Elektro- und Wasserstoffbetrieb wechselt, da sie ansonsten durch Autohersteller aus anderen

Teilen der Welt überholt werden wird. Darum benötigt die EU eine Strategie für den sozialgerechten Strukturwandel für ihre Automobilindustrie, damit Arbeitsplätze dort bewahrt und geschaffen werden können. Sie muss die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit neuen Fertigkeiten ausstatten, die im Zuge des Übergangs von Verbrennungs- zu Elektromotoren erforderlich werden. Eine solche Strategie muss auch die Schaffung einer weltweit führenden europäischen Batterieindustrie unterstützen, insbesondere durch gezielte und höhere Forschungs- und Entwicklungsfinanzierung für Batterie-Technologien und künstliche Intelligenz der nächsten Generation, damit die Forschungsexzellenz Europas voll genutzt werden kann. Sie muss außerdem auf der erforderlichen nachhaltigen Erzeugung der zusätzlich benötigten Energie und der Verbesserung der europäischen Stromnetze basieren. Der Übergang zu sauberer Mobilität erfordert eine beschleunigte Einführung einer Infrastruktur für sauberen Kraftstoff, zum Beispiel Ladepunkte für Elektroautos, mit der Unterstützung der Automobilbranche. Unser Konzept der sauberen Mobilität endet nicht bei der Elektrifizierung des Individualverkehrs. Wir unterstützen zudem auch mehr und besseren sauberen öffentlichen Nahverkehr als die beste Entkarbonisierungsstrategie, sowie eine fußgänger- und fahrradfreundliche Stadtplanung. Damit der Güter- und Personenverkehr weniger auf der Straße und mehr auf Schienen und auf dem Wasserweg stattfindet, ist ein Wandel erforderlich. Der Luftverkehr ist eines der umweltbelastendsten Transportmittel. Die durch Kerosin verursachte Umweltverschmutzung muss einen Preis haben. Die erzielten Einnahmen könnten für einen Europäischen Fonds für Sauberen Transport verwendet werden.

Neben dem Klimawandel sind Europas Industrien noch mit anderen Problemen konfrontiert, darunter der demografische Wandel, Ressourcenknappheit, Digitalisierung und künstliche Intelligenz sowie der wachsende internationale Wettbewerb. Die EU benötigt eine regional ausgewogene Industrialisierungsstrategie, um ihre Industrien auf diese Herausforderungen für die nächsten Jahrzehnte vorzubereiten. Wir befürworten ein Industrialisierungsziel und entsprechende Indikatoren über das Jahr 2020 hinaus, die nicht nur die industrielle Fertigung im engeren Sinne messen, sondern auch industrielle Dienstleistungen, Forschung, Entwicklung und Innovation, die Schaffung von Arbeitsplätzen und deren Qualität einschließlich der Schließung der geschlechtsspezifischen Lohnlücke. Die Überbrückung der digitalen Kluft wird von entscheidender Bedeutung sein, um die globale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu wahren. Alle Regionen müssen Zugang zu digitaler Infrastruktur haben; das gilt auch für ländliche, entlegene und weniger dicht besiedelte Gebiete. Unternehmen müssen in die Lage versetzt werden, neue Technologien einfacher zu übernehmen, insbesondere kleine und

mittelgroße Unternehmen. Es muss eine Priorität sein, dafür zu sorgen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit neuen Anforderungen hinsichtlich der beruflichen Qualifikationen in der digitalisierten Industrie Schritt halten. Wir wollen, dass Mittel aus europäischen Fonds die industrielle Innovation, die Ausweitung von Infrastruktur, den Einsatz von Technologie und die Weiterbildung der Arbeitskräfte für die grüne und digitale Industrie der Zukunft unterstützen. Wir wollen der Abwärtsspirale hin zu immer niedrigeren Löhnen und Standards ein Ende setzen. Wir wollen europäische Produkte, die sich durch Qualität, Nachhaltigkeit und Innovation auszeichnen. Dafür brauchen wir europäische Forschung und Entwicklung sowie eine starke europäische Industrie, um Arbeitsplätze, Know-How und Produktion in der Europäischen Union zu halten.

Wir wollen, dass die großen Umweltverschmutzer zahlen, auch die außerhalb der EU. Um den Übergang zu erneuerbaren Energien zu beschleunigen und Energieeffizienz attraktiver zu machen, wollen wir europaweite Steuern auf CO₂ einführen, und zwar zusätzlich zu einem gut funktionierenden EU-Emissionshandelssystem. Die Industrien der EU müssen große Anstrengungen unternehmen, um ihre Produktionsprozesse zum Schutz des Klimas zu modernisieren. Gleichzeitig wenden einige Länder nur lockere Umweltgesetze an, was ihren Industrien einen unfairen Wettbewerbsvorteil verleiht. CO₂-Emissionen von Produkten, die in die EU eingeführt werden, sollte ein Preis zugewiesen werden, wenn sie aus Ländern stammen, die weniger Engagement für den Klimaschutz zeigen. Dabei sind die internationalen Handelsvorschriften zu beachten. Diese Einnahmen könnten teilweise dem EU-Haushalt zugutekommen und zur Finanzierung des grünen und sozialgerechten Strukturwandels und zum Kampf gegen Energiearmut genutzt werden.

Wir wollen eine Kreislaufwirtschaft in Europa. Wir wollen die Verschwendung von Energie und Ressourcen in Europa beenden. Die Wirtschaft der Europäischen Union soll das „lineare“ Modell aufgeben, mit dem Rohmaterialien zur Herstellung eines Produkts verwendet und anschließend weggeworfen werden. Wir wollen eine Wirtschaft, die die Abfallhierarchie respektiert: Eine Wirtschaft, die hauptsächlich auf Abfallvermeidung basiert, und in der Materialien permanent wiederverwendet, recycelt und nur dann zur Energieerzeugung verwertet oder entsorgt werden, wenn alle anderen Mittel ausgeschöpft sind. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten sich ehrgeizige Ziele für die effizientere Nutzung von Ressourcen und weniger Verschwendung setzen. Daher ist es unserer Ansicht nach von entscheidender Bedeutung, Abfallvermeidungs- und Verwertungsstrategien zu verbessern und bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Ökodesign- und Energiekennzeichnungsmaßnahmen zur Erhöhung der allgemeinen Energie- und Ressourceneffizienz von Produkten ehrgeiziger vorzu-

gehen. Das Potential im Hinblick auf verbesserte Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten der Kreislaufwirtschaft sollte bei der Koordination der Gestaltung der Wirtschaftspolitik der EU stärker berücksichtigt werden.

Wir wollen einen Pakt für die Rechte und den Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern, einschließlich eines Rechtsrahmens für kollektiven Rechtsschutz. Künstliche Intelligenz bietet viele Chancen, wenn sie richtig gemeistert wird. Wir werden die Entwicklung und Regulierung von künstlicher Intelligenz fördern, die den Bürgerinnen und Bürgern dient. Es sollte ungesetzlich sein, ein Produkt oder ein Software-Programm so zu gestalten, dass es innerhalb eines bestimmten Zeitraums künstlich veraltet oder unbrauchbar gemacht wird (geplante Obsoleszenz). EU-Vorschriften werden benötigt, um zu gewährleisten, dass Produkte so entworfen werden, dass sie länger halten und leichter repariert oder wiederverwendet werden können. Wir werden Maßnahmen gegen das sogenannte „Greenwashing“ einleiten, falsche und irreführende ökologische Marketing-Aussagen. Verbraucherinnen und Verbraucher sollten keine Zweifel über die Umweltfreundlichkeit der von ihnen erworbenen Produkte und Dienstleistungen haben. Sie sollten sich auch nicht um die Auswirkungen recycelter Mate-

rialien auf ihre Gesundheit sorgen müssen. Darum fordern wir ein europaweites Rahmenwerk zur Gewährleistung, dass toxische Stoffe aus dem Recyclingkreislauf ausgeschlossen werden. Eine Europäische Strategie für eine ungiftige Umwelt muss außerdem dafür sorgen, dass sämtliche Produkte sicher sind und der menschliche Kontakt mit giftigen Chemikalien, darunter auch endokrine Disruptoren, beendet wird. Mikroplastikteilchen sollten in der Kosmetik, beispielsweise in Gesichtspeelings oder Zahnpasta, nicht verwendet werden, da sie in Flüsse und Meere gespült werden, wo sie die dort lebenden Tiere schädigen und letzten Endes ihren Weg in die Nahrungskette finden.

Wir als die SPE wollen unsere Artenvielfalt, unsere Flüsse und den Lebensraum Meer schützen, was auch unserem eigenen Wohlbefinden zugutekommt. Die Verschmutzung durch Plastik, insbesondere in den Meeren, Seen und Flüssen unseres Planeten, muss aufhören. Wir müssen die Verwendung von Einwegkunststoff drastisch reduzieren. Wir werden Maßnahmen zur allgemeinen Reduzierung der Verwendung und unsachgemäßen Entsorgung von Plastik unterstützen. Wir befürworten das Verbot der Nutzung von Einweg-Plastik, wenn sauberere und nachhaltigere Alternativen verfügbar sind, wie zum Beispiel bei Plastikstrohhalm und -besteck.



Wir wollen, dass die europäische Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie gesunde, hochwertige und bezahlbare Lebensmittel produziert und dabei Natur und Artenvielfalt bewahrt. Die Landwirtschaft und nachhaltige Fischereimethoden haben bei Umwelt- und Klimaschutz eine entscheidende Rolle zu spielen. Die Landwirtschaftsförderung der EU sollte Landwirtinnen und Landwirte beim Übergang zu nachhaltigeren Produktionsmethoden und bei der Bekämpfung des Klimawandels unterstützen und dabei den Schwerpunkt mehr auf biologischen Anbau, hohen Tierschutz, Erhaltung der Artenvielfalt, nachhaltige Forstwirtschaft und sensible Landschaften legen. Die Population von Bienen und anderen wichtigen Bestäubern ist auf unserem Kontinent massiv zurückgegangen. Dieser Trend kann durch den geringeren Einsatz von Pestiziden abgeschwächt werden. Wir fordern einen durchgehend transparenten Autorisierungsprozess und die anhaltend strenge Anwendung des Vorsorgeprinzips: Pestizide wie zum Beispiel Glyphosat und Neonicotinoide sollten nicht eingesetzt werden, wenn es Bedenken über ihre Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit oder die Artenvielfalt gibt oder wenn sie potentiell oder nachweislich gefährlich sind.

Die Europäerinnen und Europäer müssen auf dem gesamten Kontinent sichere und hochwertige Verbraucherprodukte und Lebensmittel einschließlich Wasser erwarten dürfen. Europäerinnen und Europäer haben als Verbraucherinnen und Verbraucher dieselben Rechte, wo auch immer sie leben. Darum fordern wir ein Verbot von unterschiedlichen Lebensmittel- und Produktstandards. Unter demselben Namen verkaufte Lebensmittel und Produkte müssen überall in der EU dieselbe Qualität haben. Wir werden gegen zweifelhafte Behauptungen über Lebensmittel vorgehen. Lebensmittel dürfen nicht als gesund gekennzeichnet werden, wenn sie zu viel Salz, Fett oder Zucker enthalten. Europäerinnen und Europäer haben ein Recht darauf, dass die Lebensmittelsicherheits- und Wasserqualitätsstandards auf dem gesamten Kontinent dieselben sind. Wir werden vorbeugende Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendung ausbauen. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung dienen dem Allgemeinwohl und müssen allen Europäerinnen und Europäern, in ländlichen wie in städtischen Gebieten, zugänglich sein.

Die Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden macht nicht an Staatsgrenzen halt. Die Europäische Union bietet die einzigartige Möglichkeit, Regeln und Standards auf dem gesamten Kontinent festzulegen, um das zu schützen, was wir trinken, essen und atmen. Die Agenda für bessere Rechtsetzung muss als Möglichkeit genutzt werden, um dies mit deutlicheren, stärkeren und effizienteren Vorschriften zu erreichen, und sollte niemals als Mittel zur Senkung von Regulierungsstandards herangezogen werden. Wir fordern ein neues EU-Umweltaktionsprogramm, das die Umweltpolitik der Europäischen Union für die nächsten Jahre anleiten soll.

Die Art und Weise, auf welche Europäerinnen und Europäer leben, produzieren und konsumieren, muss sich stark ändern, damit unsere Gesellschaften und Wirtschaften umweltfreundlicher werden. Diese Bemühungen sind jedoch notwendig. Dieser Wandel muss sorgfältig begleitet und organisiert werden, damit alle davon profitieren können. Wir wollen eine echte Strategie, um die benötigten wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Änderungen zu gestalten. Dies würde Gemeinden, Regionen, Mitgliedsstaaten sowie Unternehmen und Privatpersonen dabei helfen, den Übergang vorherzusehen und zu planen, und dafür sorgen, dass er allen Bürgerinnen und Bürgern sowie der Umwelt zugutekommt. Starke staatliche Dienstleistungen und Investitionen sind der Kernpunkt des ökosozialen Wandels. Wir als die Sozialdemokratische Partei Europas werden diese Veränderungen auf eine sozial gerechte Art und Weise organisieren, sodass wir ein gesundes Lebensumfeld für alle Europäerinnen und Europäer schaffen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schützen, neue hochwertige Arbeitsplätze und Geschäftschancen schaffen und zukünftigen Generationen eine saubere und nachhaltige Umwelt hinterlassen können.

Als Sozialdemokratische Partei Europas kämpfen wir für gerechte Gesellschaften. Wir haben in dieser Resolution insbesondere unsere Prioritäten für eine gerechte und nachhaltige ökologische Wende herausgestellt. Er geht Hand in Hand mit den anderen Resolutionen für diesen SPE-Parteitag, die unser Engagement und unseren Plan für ein soziales Europa, eine progressive Wirtschaft, die Stärkung der Jugend, eine echte Gleichstellung der Geschlechter, eine faire Welt, eine progressive Asyl- und Migrationspolitik und die Stärkung der Demokratie in Europa bekräftigen.



Austria SPÖ



Belgium PS



Belgium SPA



Bulgaria BSP



Croatia SDP



Cyprus EDEK



Czech Republic
CSSD



Denmark SD



Estonia SDE



Finland SDP



France PS



Germany SPD



Greece PASOK



Hungary MSZP



Ireland Labour



Italy PD
Partito Democratico



Italy PSI
Partito Socialista



Latvia Saskaņa



Lithuania LSDP



Luxembourg
LSAP



Malta Labour



Netherlands
PvdA



N.Ireland SDLP



Norway LP



Poland UNIA
PRACY



Poland SLD



Portugal PS



Romania PSD



Slovakia SMER



Slovenia SD



Spain PSOE



Sweden SAP



UK Labour

If you have any questions or comments about our work on inequalities,
please contact PES.Women@pes.eu

Follow us on www.facebook.com/pes.pse
and www.twitter.com/pes_pse.

Party of European Socialists (PES)

**10 – 12 Rue Guimard
1040 Brussels
Belgium**

**T +32 2 548 90 80
info@pes.eu
AISBL-BBCE-N 0897.208-032**

This publication received financial support of the European Parliament. Sole liability rests with the author and the European Parliament is not responsible for any use that may be made of the information contained therein. This Brochure was printed on a recycled paper with environmental safe water based inks.

December 2018